

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

THINK TANK UPDATE
MÄRZ/ APRIL 2005

George W. Bush in Europa

**Reaktionen der amerikanischen „think tanks“ auf die
Themen des Bush-Besuchs in Europa**

Dr. Norbert Wagner

Maria Renner

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

☎ 1-202-464-5840
☎ 1-202-464-5848
✉ office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Der Besuch des US-Präsidenten George W. Bush vom 21.- 24. Februar 2005 in Brüssel, Mainz und Bratislava wurde von Seiten der amerikanischen Think tanks mit Interesse begleitet. Die Programmkalender der „großen“ Institute wie der „Brookings Institution“, ein dem demokratischen Lager nahestehender Think tank, und der konservativen „Heritage Foundation“ waren gespickt mit namhaft besetzten Podiumsdiskussionen, welche die bestmögliche „Marschroute“ des Präsidenten erörterten und die zu erwartenden Problemkreise aufzeigten.

Dabei kristallisierten sich in erster Linie die Themenkomplexe „Iran“, „Irak“ und „China“ heraus, die auch tatsächlich Gegenstand der Gespräche von Präsident Bush mit den verschiedenen europäischen Staats- und Regierungschefs waren. Andere Bereiche wie der Umweltschutz oder der Internationale Strafgerichtshof wurden jedoch des politischen Friedens willen fast gänzlich ausgeklammert, gewinnen jedoch zur Zeit durch die aktuellen Entwicklungen in den USA wieder an Bedeutung.

China:

Think tanks aller politischen Lager sehen die Gefahr, daß die Aufhebung des im Juni 1989 auferlegten Waffen-Embargos, verglichen mit den Differenzen des Irakkriegs, zu erheblich größeren Spannungen in den transatlantischen Beziehungen führen könnte. Als Rädelsführer und Störenfriede werden Deutschland und vor allem Frankreich ausgemacht, deren Waffenindustrien schwächeln und die den chinesischen Markt daher als ihre Rettung ansehen. Mit einem Verteidigungsbudget von 70 Milliarden Dollar, dem zweitgrößten der Welt, bietet China einen der attraktivsten Märkte, was europäische Firmen auf gewinnbringende Handelsgeschäfte hoffen läßt.

Aus der Sicht der überwiegenden Mehrheit, allen voran der „Heritage Foundation“, stellt sich China jedoch als aggressives und möglicherweise gefährliches Regime dar. Eine Aufhebung des Embargos würde daher US-Interessen gefährden, Chinas militärische Aufrüstung beschleunigen, die Stabilität im Pazifik gefährden und ein falsches Signal an repressive Regime anderenorts senden. Da Beijing das Streben Nordkoreas nach eigenen Atomwaffen gewissermaßen subventioniert und unterstützt, wird befürchtet, daß China die Möglichkeit wahrnehmen könnte, die Zukunft Taiwans gewaltsam zu bestimmen. Das gerade im Volkskongreß beschlossene Anti-Abspaltungsgesetz, in welchem China der demokratischen Inselrepublik mit Krieg droht, falls es sich vom Festland abspaltet, gibt weiteren Anlaß zur Sorge. Außerdem wolle China ähnlich den USA eine dominierende Stellung im Pazifik einnehmen und ziele auf eine Unterjochung Japans und die Beherrschung des gesamten südostasiatischen Raumes. Nicht nur Japan, sondern auch Australien sind daher von einer Aufhebung des Embargos nicht gerade angetan.

Das „American Enterprise Institute for Public Policy Research“ (AEI) erwartet, daß die europäischen Länder, die dann in Zukunft tatsächlich Waffen an China veräußern, Gefahr laufen, aus dem riesigen US-Markt ausgeschlossen zu werden, denn die Aufhebung des Embargos sei ein zielgerichteter und feindseliger Akt gegenüber den Vereinigten Staaten. Beijing wolle seine militärischen Kapazitäten aufstocken, um Amerika und seine regionalen Verbündeten davon abzuhalten, in irgendeiner Form in Asien zu intervenieren und werde dabei noch von Europa unterstützt. Es müsse damit gerechnet werden, daß China die gelieferten Waffen an Pakistan und an den Sudan weiterverkaufe und auch die Beziehungen zu Nordkorea, Iran, Burma und Syrien gäben Anlaß zur Sorge.

Der „Council on foreign relations“ glaubt in dem Verhalten der EU ein hohes Maß an Naivität zu erkennen und folgert ebenfalls, daß die Gefahr einer erneuten Schädigung der transatlantischen Beziehungen nicht zu vernachlässigen sei. Schließlich bestünde die Möglichkeit, daß die in Europa produzierten hochentwickelten Waffen bei einer militärischen Auseinandersetzung um Taiwan gegen amerikanische Militärangehörige und Kriegsschiffe gerichtet werden. Die Ursache der europäischen „Naivität“ wird darin gesehen, daß die EU zu sehr mit ihrer eigenen Integration beschäftigt sei, um noch „klar denken zu können“.

Das Argument der Europäer, die Situation der Menschenrechte in der Volksrepublik China, Grund für die Sanktion überhaupt, habe sich seit 1989 deutlich verbessert, wird von allen think tanks als unzutreffend zurückgewiesen. China habe bisher weder den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ ratifiziert, noch die Verfolgung aus religiösen oder sonstigen Gründen eingestellt. Die „Heritage Foundation“ vertritt demgegenüber die Ansicht, daß sich die Menschenrechtssituation innerhalb der letzten fünfzehn Jahren sogar verschlechtert habe.

Die Mehrheit der think tanks geht davon aus, daß nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Aufhebung des China-Embargos befürworten, aber unter den „EU-Fittichen“ schließlich doch gemäß den vorherrschenden Wünschen und Interessen einlenken müssten. Die „Heritage Foundation“ wirft Vorreiter Frankreich vor, durch die Aufhebung des Embargos eine „multipolare“ Welt schaffen zu wollen, um dadurch die Bedeutung der amerikanischen Supermacht zu schmälern.

Eine Aufhebung des Embargos hätte für China ganz besonderen Charme. Dies käme einer politischen Absolution für das Massaker des Jahres 1989 gleich, die Preise der russischen Waffenlieferungen sähen sich einem nicht unerheblichen Konkurrenzdruck ausgesetzt und Beijing bekäme die verlockende Gelegenheit, einen Keil in das transatlantische Bündnis zu treiben.

Das liberalere „Brookings Institute“ gesteht zwar ein, daß das Embargo keineswegs rechtlich verbindlich ist und auch kein vollständiges Verbot für

Technologien zu Verteidigungszwecken vorsieht, betont aber ebenfalls die Bedeutung eines solchen politischen Signals. Bislang gebe es keine offizielle Erklärung des Bedauerns gegenüber den Angehörigen der 2.000 Opfer des 4. Juni 1989., 2.000 Personen seien immer noch inhaftiert und Hunderte befänden sich im Exil. Daher empfiehlt „Brookings“ vielmehr eine Stärkung und Intensivierung des bereits bestehenden Embargos.

Dem europäischen Argument, das Embargo verhindere eine „Normalisierung“ der Beziehungen, wird entgegengehalten, daß die europäisch-chinesische Partnerschaft nie besser gewesen sei und eine Fortführung auf der bisherigen Ebene auch den Interessen der Vereinigten Staaten gerecht würde.

Aus der Sicht aller think tanks wäre es daher wünschenswert, wenn es bei einem wirtschaftlichen Austausch von Handelsgütern zwischen der EU und dem „Schlafenden Riesen“ bliebe.

Irak:

Unter amerikanischen think tanks, allen voran AEI, ist die Wahrnehmung verbreitet, daß Europa das „Irak-Projekt“ bereits als gescheitert erachte. Folglich neigt man dazu, das Engagement Großbritanniens, Italiens, Polens und Ungarns, bestehend aus 21,5 Millionen Dollar und der Stellung von Truppen, als „lobenswerte Ausnahme“ anzusehen. Dies geht sogar so weit, daß die Meinung geäußert wird, den Europäern liege die Schadenfreude über das Scheitern in Irak mehr am Herzen, als eine Bestätigung der Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten.

Die „Brookings Institution“ zeigt demgegenüber für eine verhaltene militärische Operation der Europäer Verständnis, sähe aber stattdessen gerne eine breitere Unterstützung in Form von nicht-militärischer Hilfe, beispielsweise bei der Ausbildung von Soldaten und Polizeikräften.

Es wird jedoch anhand der abnehmenden Zahl von Kommentaren und Analysen deutlich, daß die think tanks das einst bestehende „Irakproblem“ als nicht mehr politisch brisant erachten und ihr Augenmerk daher auf andere Themen lenken.

Iran:

Im Verlauf der letzten drei Wochen war im Zusammenhang mit einem möglichen iranischen Atomwaffenprogramm eine Veränderung der amerikanischen Position, weg von Sanktionsmaßnahmen, hin zu Verhandlungen eines Kompromisses, zu beobachten.

Bei der Beurteilung der Lösungsansätze stehen sich dabei die „Brookings Institution“ auf der einen, sowie „Cato“ und AEI auf der anderen Seite diametral gegenüber.

„Brookings“ und auch der „Council on foreign relations“ vertreten die Ansicht, daß die USA den laufenden europäischen diplomatischen Verhandlungen beitreten sollten, um zu einer langfristigen Lösung im Nahen Osten zu gelangen. Dies könne durch eine effektive Mischung von „carrots and sticks“ bewirkt werden. Schließlich sei auch das Schnüren eines realistischen Pakets im eigenen Interesse der USA.

Die erfolgreichste Art und Weise, Teheran von seinem Weg abzubringen, sei die Konfrontation mit einem internationalen Konsens und das Aufzeigen von interessanten Belohnungen, die mit einer Einhaltung der Vertragsverpflichtungen verdient werden könnten. Nur ein kreativer Verhandlungsansatz könne den Iran dazu bringen, seine atomaren Ambitionen aufzugeben. Die Vereinigten Staaten würden auf diese Weise nicht Gefahr laufen, isoliert zu werden und müßten sich den Vorwurf, sie hätten ihre Verbündeten bei diplomatischen Bemühungen im Stich gelassen, nicht gefallen lassen. Auch werde es dadurch für die Zukunft leichter, weltweite Unterstützung für weiter reichende Maßnahmen zu gewinnen, etwa falls harsche wirtschaftliche Sanktionen geplant seien.

Als ein mögliches Angebot an den Iran wird von dieser Seite die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) in Betracht gezogen. Auf diese Weise könnte der Westen seinen wirtschaftlichen Einfluß nutzen, um pragmatischen iranischen Politikern, die sich dann ihrerseits für eine Verlangsamung, Begrenzung und Beendigung des Nuklearprogramms vor Ort einsetzen würden, den Rücken zu stärken. Schließlich sei der Iran unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten dringend auf Handel, Unterstützung und Investitionen angewiesen.

Aber auch das liberale Lager gibt der Bush-Administration Recht, daß eine ernsthafte Gefahr durch den Iran bestehe und es unerläßlich sei, diese Gefahr einzudämmen.

Das AEI zeigt sich von der europäischen Vorliebe für rasche Zugeständnisse und der fehlenden Demonstration von militärischer Stärke enttäuscht. Es ist der Ansicht, daß die iranischen Geistlichen alles andere als wirtschaftliche Realisten seien und daher nicht wirklich den Zugang zur Welthandelsorganisation suchen würden. Schließlich hätten die wortführenden Mullahs schon seit 26 Jahren die Bedürfnisse der iranischen Wirtschaft den Interessen der geistlichen Machthaber untergeordnet. Die Europäer würden sich zu sehr an Verhandlungen orientieren und dabei die von Tyrannen und Diktatoren ausgehende Gefahr unterschätzen.

Die „Brookings Institution“ gesteht ein, daß der iranische Wunsch nach Atomwaffen unter strategischen Gesichtspunkten Sinn macht, besonders

nachdem Washington die Bereitschaft gezeigt hat, seine provokante Idee des „pre-emptive strike“ auch in die Realität umzusetzen. Aus diesem Grund könne nicht allein Teheran die Schuld an der derzeitigen Entwicklung gegeben werden. Während die Bush-Regierung in Irak, welches bekanntermaßen nicht über Atomwaffen verfügte, einmarschierte, wird bisher das bis auf die Zähne bewaffnete Nordkorea verschont, woraus die Iraner (vielleicht zu Recht) schlußfolgerten, daß nur derartige Waffen als realistische Abschreckung gegen militärische Aktionen der USA dienen könnten.

Wie bereits erwähnt, bedeutet die jüngste Bereitschaft der USA, sich an den europäischen Verhandlungen zu beteiligen, eine signifikante Veränderung der ursprünglichen Position, daß nämlich der Iran keine Belohnung für Verhaltensweisen verdienen solle, die er ohnehin unter den bestehenden Verträgen zu unterlassen hat. Gemäß „Brookings“ kann und darf dies auch als Demonstration gegenüber den Europäern verstanden werden, daß die USA Anstrengungen unternehmen, das zerrüttete transatlantische Verhältnis wieder ins Lot zu bringen.

Selbstverständnis der EU:

Auch die Frage, wohin die weitere Entwicklung und Integration der Europäischen Union führen wird und wie das transatlantische Verhältnis künftig verwirklicht werden könnte, war Gegenstand der Gespräche mit Präsident Bush und stieß somit auch in der think tank-community auf Interesse.

Das AEI ist der Meinung, daß sich Europäer und Amerikaner leicht darüber einigen könnten, daß Europa „stark“ sein solle, aber die Ansichten darüber, was schließlich genau darunter zu verstehen sei, weit auseinander gingen. Die Europäer verstünden unter einer „Stärkung Europas“ eine engere Verflechtung der bürokratischen Strukturen in Brüssel und eine Ausweitung der bestehenden Kompetenzen, während die Amerikaner vielmehr an wachsendem Wohlstand und zunehmender Sicherheit der mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten interessiert seien.

Eine Erklärung für den bestehenden Anti-Amerikanismus in Europa und den Hauptgrund der Spannungen im transatlantischen Verhältnis liefert dieses Institut gleich mit. Präsident Jacques Chirac und Kanzler Gerhard Schröder würden den Versuch unternehmen, sämtliche europäischen Länder in einen unter ihrem Einfluß stehenden „Superstaat Europa“ zu verwandeln. Da dieses Projekt bei den europäischen Wählern jedoch höchst unbeliebt sei, müsse dieser Mangel an Zuspruch durch die Mobilisierung von anti-amerikanischen Gefühlen überwunden werden. Die unerwartet offene Einschätzung Gerhard Schröders, die NATO sei nicht mehr die primäre Plattform des transatlantischen Dialogs, zeige, daß die Absicht bestehe, ein Bündnis von zwei großen Supermächten zu schaffen, mit den USA auf der einen und einem vereinten Europa auf der anderen Seite.

Schröder erntet für seine Einschätzung der Rolle der NATO bei den amerikanischen think tanks lediglich verständnisloses Kopfschütteln. Nicht nur US-Außenminister Donald Rumsfeld, auch der niederländische NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer widersprach dem Kanzler unmittelbar.

Die konservative „Heritage Foundation“ erwartet eine langsame, aber stetige Entwicklung hin zu einer eigenen europäischen Verteidigungsstreitmacht, welche die von den Amerikanern geführte NATO langfristig ersetzen wird. Jedoch würde man, wenn überhaupt, ein europäisches Verteidigungssystem unter dem Schirm der NATO bevorzugen. Solange sich dies jedoch vermeiden lasse, sollten die USA eine NATO-Reform forcieren. Die flexible Combined Joint Task Force (CJTF) solle häufiger eingesetzt werden. Der Vorteil der CJTF liege darin, daß nicht alle NATO-Mitgliedstaaten aktiv an einer Mission teilnehmen müssen, wenn sie dies nicht wünschen, dadurch aber andere Staaten nicht von deren Einsatz abhalten werden. Auf diese Art könnten daher problemlos ad hoc-Koalitionen gebildet werden. Mit Hilfe dieses funktionierenden Systems müßten die Vereinigten Staaten jede Anstrengung unternehmen, um eine Untergrabung der Position der NATO durch die Europäer zu verhindern.

Der „Council on foreign relations“ interpretiert Bushs Aussage („We want a strong Europe.“) dahingehend, daß es die neue Bush-Administration in Zukunft unterlassen will, die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegeneinander auszuspielen und ausschließlich auf eine Koalition der Willigen zu setzen. Aus diesem Grund habe Bush auch als erster Präsident den Rat der Europäischen Union besucht. Auch sonst sei das transatlantische Verhältnis ein Verhältnis der Partnerschaft ohne Rivalität.

Die fortschreitende europäische Integration wird besonders von der „Brookings Institution“ genaustens verfolgt. Ein Antrag auf EU-Mitgliedschaft durch die Ukraine wird in naher Zukunft erwartet. Dies käme für Ankara einer Hiobsbotschaft gleich, da sich für die Gegner des Türkeibeitritts die einmalige Möglichkeit bieten würde, die Türkei auf Distanz zu halten. Anstelle einer Vollmitgliedschaft laufe Ankara dann Gefahr, sich gemeinsam mit Kiew in der Kategorie „Privilegierte Partnerschaft“ wiederzufinden. Im Falle eines Wahlsiegs der Christdemokraten sowie des charismatischen UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy in den Jahren 2006 und 2007 würden sich die Beitrittsverhandlungen der Türkei deutlich in die Länge ziehen und die Idee der „privilegierten Partnerschaft“ stärker in den Vordergrund rücken. Da die USA an einem EU-Beitritt der Türkei strategisches Interesse haben, rät „Brookings“ dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, weiterhin für politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Eindämmung der Spannungen zwischen Militär und Zivilisten zu sorgen.

Rußland:

Unerwartet deutlich und zur Überraschung der Europäer hatte Präsident Bush seinen Amtskollegen Wladimir Putin wegen dessen Konzentration von Macht in einer Hand und der Beschränkung der unabhängigen Medien verurteilt. In Europa ist die Bereitschaft zur Kritik der Tscheschenien-Politik größer, während Bush in Rußland ein Land sieht, das unter dem tscheschenischen Terrorismus zu leiden hat. Die Europäer sind demgegenüber der Ansicht, daß Rußland erst durch sein eigenes Verhalten den Terrorismus verursacht hat. Dieser Denkansatz wird von der „Brookings Institution“ als unverantwortlich erachtet, da der bestehende Konflikt in Tscheschenien Nährboden für den internationalen Terrorismus schaffe und somit nicht nur Rußland, sondern auch der Westen in Gefahr sei. Im eigenen Interesse sollten daher die westlichen Länder unbedingt die Krise in der Nordkaukasus-Region ansprechen und sich zu echter Hilfe durchringen. Anstatt nur zu kritisieren, sollte der Westen die Ernsthaftigkeit der Bedrohung erkennen, einen echten Dialog mit Rußland anstreben und der geschundenen Region wirtschaftlich unter die Arme greifen.

Trotz deutlicher Worte ist jedoch allen Beteiligten klar, daß eine belastbare Beziehung mit Rußland gepflegt werden muß, allein schon wegen des atomaren Potentials Rußlands und dessen Kontakten zu sogenannten „Schurkenstaaten“.

Umweltschutz:

Obwohl nicht Gegenstand der Gespräche, so stellt doch das Kyoto-Protokoll einen weiteren Streitpunkt im transatlantischen Verhältnis dar, der auch von den think tanks im Auge behalten wird.

AEI betont dabei, daß die Verträge, die George W. Bush im Jahre 2001 zu den Akten legte, bereits zuvor zum Scheitern verurteilt waren. So wurde beispielsweise das Kyoto-Protokoll schon im Jahre 1997 unterzeichnet, drei Jahre bevor Bush überhaupt das Amt übernahm. Präsident Clinton hatte die gesamte Zeit nicht gewagt, es dem Senat zur Ratifizierung vorzulegen. Ein weiterer Mangel sei die Tatsache, daß China, Indien und Mexiko nicht Vertragsparteien seien und deshalb eine solche Übereinkunft ohnehin nicht überbewertet werden dürfe.

Die „Brookings Institution“ legt dem Präsidenten nahe, trotz der Zurückweisung des Vertrages eine Senkung des Schadstoffausstoßes in seine politische Agenda aufzunehmen, wie dies bereits von den Senatoren McCain und Lieberman vorgeschlagen wurde. Um die Europäer bei ihrem „Lieblingsthema“ milde zu stimmen, sollte Bush besser mit einer Alternative aufwarten und nicht jeden Vorschlag kategorisch ablehnen.

Internationaler Strafgerichtshof:

Mit der Nominierung von John R. Bolton zum künftigen UN-Botschafter der USA gewinnt auch dieses umstrittene Thema wieder an politischer Brisanz. Bolton, ein erklärter Gegner diverser internationaler Abkommen, wird sich dafür einsetzen, daß es der Europäischen Union nicht gelingen wird, den UN-Sicherheitsrat zu überzeugen, die Dafur-Krise in die Hände des Internationalen Strafgerichtshof zu legen. Die „Brookings Institution“ rät den USA demgegenüber eine Beendigung des rein ideologisch begründeten Widerstandes. Eine Unterstützung der EU in ihrem Ansinnen, den Gerichtshof in die Sudan-Krise miteinzubeziehen, würde den transatlantischen Beziehungen gut tun. Mit einer möglichen Ernennung Boltons schlägt Präsident Bush jedoch eine ganz andere Richtung ein.

Schlußbemerkungen:

Im Gegensatz zu der großen Aufmerksamkeit, die dem Bush-Besuch vor seiner Abreise zuteil wurde, war das Interesse an einer Auswertung und Beurteilung der letzten Februarwoche deutlich geringer. Meist meldeten sich nur die kritischen Stimmen zu Wort und wiesen, wie beispielsweise das AEI, darauf hin, daß Amerika auch noch außerhalb Europas wichtige Freunde habe und sich deshalb nicht zwanghaft Sorgen über Paris oder Berlin machen müsse.

Das „Center for Strategic and International Studies“ hält jetzt einen guten Zeitpunkt für gekommen, neue Wege der Kommunikation zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu beschreiten und eine neue Reihe erfolgreicher gemeinsamer Aktionen zu lancieren.

Für den „Council on foreign relations“ ist die Tatsache, daß sich die Bush-Administration zunächst auf die europäische Idee der „carrots“ für den Iran einlassen wird, ein bedeutsames Resultat des Europa-Besuchs. Das Einlenken auf die Linie der EU wird den Amerikanern dadurch erleichtert, daß Großbritannien, Frankreich und Deutschland die Bereitschaft erklärt haben, den Konflikt an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu überstellen, falls keine befriedigenden Resultate erzielt werden. Diese bislang deutlichste Erklärung von europäischer Seite wurde am Freitag in einem Brief an den derzeitigen EU-Ratspräsidenten, den luxemburgischen Regierungschef Jean-Claude Juncker, zum Ausdruck gebracht. Die jüngste Entwicklung läßt möglicherweise somit noch weitere Kehrtwendungen erwarten.

Auch wenn nicht alle think tanks der Bewertung der „Heritage Foundation“ folgen, daß der Bush-Besuch im höchsten Maße erfolgreich war, so ist man sich doch einig, daß das Eis nun gebrochen ist und persönliche Differenzen zumindest vom diplomatischen Parkett verschwunden sind.